

## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig nimmt als Kämmerer der Stadt Koblenz eine Einleitung in die Thematik vor. Hierbei spricht er unter anderem nachfolgende Punkte an:

- In den letzten Jahren seien große Konsolidierungsanstrengungen durch die Stadt vorgenommen worden
- Hohe Verschuldung liege v. a. an den schlechten Rahmenbedingungen: Unterfinanzierung durch Bund und Land, Änderungen bei Bund und Land seien aber nicht kurzfristig zu erzielen
- ADD habe als Kommunalaufsicht zurecht die Erwartung, dass weitere Konsolidierungsanstrengungen unternommen würden, dies ginge nur über Einnahmeverbesserung oder Ausgabenminderung
- Den Vorschlag der CDU-Fraktion, 5 Mio. € mehr Gewinnausschüttung bei den Stadtwerken vorzunehmen, akzeptiere die ADD, dies sei aber keine nachhaltige Substanzverbesserung, daher Kompromiss, bei Grundsteuer B und Gewerbesteuer nur 10% jeweils zu erhöhen
- SPD-Ratsfraktion Vorschlag: Keine Erhöhung der Grundsteuer B, dafür Vergnügungssteuer auf 20% erhöhen, ADD sei damit einverstanden, aber Gewerbesteuer weiter Erhöhung um 10%
  
- Erhöhung der Gewerbesteuer sei verkraftbar, da nur eine Anhebung an den damaligen Stand und eine maßvolle Erhöhung, wegen der kein Unternehmen die Stadt verlassen würde
- Eine Klage gegen die ADD sei nicht sinnvoll, da sie sich rechtmäßig verhalte und solange die Klage liefe, sei der Haushalt trotzdem nicht genehmigt
- Solange der Haushalt nicht genehmigt sei, dürften nicht vertraglich gebundene freiwillige Leistungen nicht ausgezahlt werden, es bestehe aber dringender Bedarf hierfür, ohne genehmigten Haushalt gebe es auch keine Genehmigung der ADD für den Bau des Hallenbades

Schließlich macht er noch einmal darauf aufmerksam, dass mit der zu treffenden Entscheidung eine große Verantwortung verbunden sei, die v.a. Folgen für den freiwilligen Leistungsbereich sowie das Großprojekt Hallenbad haben werde.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann bringt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion in den Stadtrat ein. Sie begründet den Vorschlag der SPD-Fraktion, auf die Erhöhung der Grundsteuer B zu verzichten und stattdessen die Vergnügungssteuer auf 20% anzuheben, während es bei einer Anhebung der Gewerbesteuer um 10% bleibt, damit, dass die Grundsteuer B jeden belaste. Die Gewerbesteuer würde dagegen durch die geplante Erhöhung lediglich wieder auf das damalige Niveau angehoben werden, weshalb diese verkraftbar sei. Auch sie betont die Wichtigkeit eines genehmigten Haushaltes für den gesamten freiwilligen Leistungsbereich.

Rm Probst (CDU) teilt die Position der CDU-Ratsfraktion in der Haushaltsfrage mit. Die Stadt Koblenz habe in den letzten Jahren viele Sparmaßnahmen umgesetzt und immer wieder Gebühren und Steuern erhöht. Diese Bemühungen fänden keine ausreichende Anerkennung

durch die ADD. Die geforderte Reduzierung des Haushaltsdefizits würde durch den Vorschlag der CDU-Fraktion, die Gewinnausschüttung der Stadtwerke Koblenz um 5 Mio. € zu erhöhen, erreicht. Der erwirtschaftete Jahresüberschuss der Stadtwerke sei zudem nachhaltiger als die Gewerbesteuer. Steuererhöhungen lehne die CDU-Fraktion ab, da sie befürchte, dass diese zu einer Schwächung des Wirtschaftsstandortes Koblenz führen würden. Die Unterfinanzierung der Kommunen durch das Land Rheinland-Pfalz dürfe nicht weiter hingenommen werden.

Rm Wefelscheid (BIZ) erklärt, die BIZ-Fraktion werde der Erhöhung der Gewerbesteuer aus wirtschaftspolitischen Gründen nicht zustimmen, die Anhebung der Vergnügungssteuer auf 20 % werde sie aber mittragen. Zudem sei ein großer Teil der Kosten der Stadt durch Maßnahmen entstanden, die die ADD zuvor genehmigt habe.

Rm Baum (FBG) stellt heraus, die FBG-Fraktion werde dem Vorschlag der SPD-Fraktion folgen. Insbesondere handele es sich bei der Erhebung der Vergnügungssteuer nur um die Vergnügungssteuer für Geldspielgeräte, sodass hierdurch keine Vereine belastet würden. Der vorliegende Vorschlag sei auch ein Kompromiss, zu dem alle größeren Fraktionen beigetragen hätten. Er appelliert an alle Ratsmitglieder, dem vorgelegten Vorschlag zuzustimmen.

FDP-Fraktionsvorsitzender Mertin hebt die Sparanstrengungen der Stadt, die in den letzten Jahren vorgenommen worden seien, hervor. Insbesondere habe es bereits in der Vergangenheit mehrfach Steuererhöhungen gegeben. Er führt aus, die finanzielle Unterstützung des Landes zur Haushaltskonsolidierung sei nicht ausreichend. Der Vorschlag der vermehrten Gewinnausschüttung der Stadtwerke sei genau so nachhaltig wie die Gewerbesteuer. Diesen würde die FDP mittragen. Der Vorschlag der ADD sei dagegen kein sinnvoller Kompromiss, dem die FDP daher nicht zustimmen werde.

Der Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Ackermann erklärt, seine Fraktion werde dem Vorschlag der SPD folgen.

AfD-Fraktionsvorsitzender Scheer stellt fest, die AfD-Fraktion werde der Erhöhung der Vergnügungssteuer zustimmen, eine Erhöhung der Gewerbesteuer lehne sie aber ab, solange die Hebesätze der Kommunen im Umfeld der Stadt nicht anstiegen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig wiederholt, die vermehrte Gewinnausschüttung der Stadtwerke Koblenz stelle keine nachhaltige Verbesserung der Haushaltslage dar. Er könne nachvollziehen, dass die ADD angesichts des vorgelegten unausgeglichenen Haushalts die Stadt dazu auffordere, die eigenen Möglichkeiten besser auszuschöpfen. Er betont noch einmal, die Ablehnung der Gewerbesteuererhöhung würde dazu führen, dass der Haushalt weiterhin nicht genehmigt werde und welche Auswirkungen dies auf den freiwilligen Leistungsbereich haben werde.

Letzterem schließt sich der Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ackermann an.

Rm Wefelscheid (BIZ) schlägt vor, bei einem negativen Abstimmungsergebnis die Erhöhung der Gewerbesteuer betreffend erneut mit der ADD in Verhandlung zu gehen, ob eventuell bereits mit der zusätzlichen Ausschüttung von 5 Mio. € bei den Stadtwerken in Verbindung mit der Vergnügungssteuererhöhung auf 20 % bereits die Genehmigung des Haushalts erreicht werden

könne. Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ist der Auffassung, dass die ADD diesen Vorschlag nicht akzeptieren werde.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig leitet zur Abstimmung über.